



OLIVER BERG / DPA



HENNING KAISER / DPA

Ethikbeauftragte Klausur, Heilig-Geist-Klinik in Köln: Hauptsache, die Nonnen müssen sich nicht mit Abtreibung beschäftigen

KIRCHE

„Gegen die Menschlichkeit“

Vergewaltigungsoffer werden abgewiesen, geschiedene Mitarbeiter entlassen: Katholische Krankenhäuser, Kindergärten und Altenheime sind ein Problemfall für den Sozialstaat.

Den Ursprung ihres segensreichen Wirkens verorten die „Cellitinnen zur heiligen Maria“ im Köln des späten 13. Jahrhunderts. Schon damals widmeten sich die Nonnen der „Fürsorge für Kranke, Schwache und Arme“.

Inzwischen ist daraus ein Konzern mit 16 Altenheimen und zehn Kliniken geworden. Nur mit der Fürsorge hat es zuletzt gehapert. Weil sie mit einer eventuellen Abtreibung nichts zu tun haben wollten, wiesen Ärzte der Cellitinnen kurz vor Weihnachten eine hilfeschende Frau ab – obwohl der akute Verdacht bestand, dass sie vergewaltigt worden war.

„Sehr bedauerlich“, „ein Missverständnis“ – so wiegelte die verantwortliche Ordensstiftung vorige Woche öffentlich ab, als der Fall bundesweit publik wurde.

Tatsächlich aber kann die Zurückweisung von Vergewaltigungsoffern wohl kaum ein Missverständnis gewesen sein. Noch am 10. Januar erklärte Sylvia Klausur, die Ethikbeauftragte des Ordens, einer Notärztin den Umgang der Kliniken mit Vergewaltigungsoffern. Die Ärztin protokollierte das Gespräch und hielt Erstaunliches fest: Solange vergewaltigte Patientinnen „ansprechbar und transportfähig“ seien, notierte die Medizinerin, würden sie „in eine städtische Einrichtung“ verlegt. Hauptsache, die Nonnen und ihre Ärzte müssen sich nicht mit einem möglichen Schwangerschaftsabbruch beschäftigen.

Der Fall zeigt, wie weit sich die Kirche von der Gesellschaft entfernt hat, vor allem – aber nicht nur – im Bereich der Sexualität.

Katholische Einrichtungen schotten sich zunehmend ab, sie verstehen sich oft als Staat im Staat; als Kosmos, in dem eigene, vom Papst und seinen Bischöfen überwachte Regeln gelten; eine Welt, in der Bund, Länder und Gemeinden wenig zu melden haben.

Jedes Jahr finanzieren Deutschlands Bürger die Bistümer mit Milliardenbeträgen. Wenn es aber Affären gibt, wenn etwa ein Missbrauchsskandal systematisch vertuscht und jahrelang nicht aufgeklärt wird, dann müssen sie hilflos zusehen, dann müssen sie erfahren, wie die Kirche ihre Sonderrechte energisch verteidigt.

Der Prozess der Entfremdung ist weit fortgeschritten, und es wäre ein Fehler, dies als das Problem der wenigen verbliebenen Kirchgänger zu betrachten. Millionen Deutsche sind potentiell betroffen. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime: Überall sind die Kirchen als Anbieter präsent. Nach dem Staat sind sie der größte Arbeitgeber der Republik. Sie geben vor, welches Leben ihre Ärzte, Erzieher, Lehrer oder Putzfrauen führen dürfen. Sie legen fest, wie Kinder erzogen werden. Und sie bestimmen eigenmächtig, wie Patienten zu behandeln – oder abzuschieben – sind.

„Die skandalösen Vorgänge in Köln widersprechen eklatant dem christlich-sozialen Auftrag“, sagt Nordrhein-Westfalens stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann. Die Grünen-Politikerin ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und will den Vorgang dort zum Thema machen: „Einer vergewaltigten Frau nicht zu helfen ist ein Verstoß gegen die Menschlichkeit. Damit schadet sich die Kirche insgesamt“, sagt die Schulministerin.

Im Zentrum der Kontroverse steht die „Pille danach“, ein Medikament, das Vergewaltigungsoffern verabreicht werden kann, um eine Schwangerschaft zu verhindern.

Am 15. Dezember meldete sich beim Ärztlichen Notdienst in Köln-Nippes eine 25-jährige Frau. Die diensthabende Medizinerin Irmgard Maiworm behandelte das Opfer. Sie informierte die Polizei und verschrieb der Frau die „Pille danach“.

Dann kündigte die Notärztin ihre Patientin zur Spurensicherung im benachbarten Cellitinnen-Hospital St. Vinzenz an. Doch die katholischen Kollegen weigerten sich zu helfen. Auch das ebenfalls von den Nonnen getragene Heilig-Geist-Krankenhaus lehnte ab. So diktierte sie ihre Ethikrichtlinie, erfuhr Maiworm von den Kirchenärzten. „Ich konnte das kaum glauben“, sagt Maiworm.

Die Zurückhaltung der katholischen Mediziner ist ganz im Sinne des konservativen Kölner Kardinals Joachim Meisner. „Vergewaltigungsoffer werden dann an andere Einrichtungen verwiesen“, sagt sein Sprecher, „wenn die Absicht zu erkennen ist, die ‚Pille danach‘ zu nehmen.“

Opferverbände protestieren. „Vergewaltigten Frauen die ‚Pille danach‘ zu verweigern ist unterlassene Hilfeleistung, die biblisch nicht gerechtfertigt und christlich nicht nachvollziehbar ist“, sagt Annegret Laakmann vom bundesweiten Verein Frauenwürde. „Mit dieser Haltung diskri-



Glaubenswächter Meisner*: Ein Kosmos, in dem eigene Regeln gelten

OLIVER BERG / PICTURE ALLIANCE / DPA

minierte die Amtskirche vergewaltigte Frauen erneut.“

Auch Anette Diehl vom Frauennotruf Mainz fordert einen Kurswechsel der Kirche: „Eine vergewaltigte Frau braucht umfassende Hilfe an Ort und Stelle, sie darf doch nicht mitten in der Behandlung und Beratung einfach aus religiösen Gründen fortgeschickt werden.“

Deutschlandweit werden 420 Krankenhäuser von katholischen Einrichtungen getragen; ihre rund 165 000 Beschäftigten sind durch ihren Arbeitsvertrag meist an die Vorgaben von Bischöfen und Ordensführern gebunden – in etlichen Gegenden ist der Sozialstaat katholisch geprägt. Auf dem Land hat die Kirche mitunter sogar ein Monopol, vom Kindergarten übers Krankenhaus bis zum Altersheim sind viele Einrichtungen in ihrer Hand.

Entsprechend schwierig ist die Situation für die Beschäftigten: Ärzte, Erzieherinnen und Pfleger haben häufig keine Alternative zu ihrem katholischen Arbeitgeber und müssen sich dessen Leitlinien beugen.

Es ist paradox: Die Zahl der Gläubigen schrumpft seit Jahrzehnten, trotzdem nimmt der Einfluss der Bischöfe zu. 1950 hatten beide Kirchen neben Priestern und Ordensleuten 130 000 zivile Angestellte,

heute sind es insgesamt über eine Million.

Peu à peu hat die Bundesrepublik große Teile des Sozialwesens den Kirchen anvertraut. Dahinter steht die Philosophie des schlanken Staats: Während internationale Investoren zum Beispiel Stadtwerke übernehmen durften, konnten Kirchen bei Krankenhäusern und Kindergärten zugreifen. Übersehen wurde dabei nur, dass Finanzmanager wie Gottesleute nicht die Ziele der öffentlichen Hand verfolgen, sondern ihre eigene Agenda.

„Der Staat kauft sich mit der Kirche als Träger seiner Aufgaben Sonderregelungen mit ein, die in der heutigen Zeit an ihre Grenzen stoßen“, kritisiert die Autorin Eva Müller in ihrem gerade erschienenen Buch „Gott hat hohe Nebenkosten“.

Für kirchliche Angestellte sind die Folgen oft gewaltig: Wer sich scheiden lässt, ist schnell auch seinen Arbeitsplatz los. Man muss nicht schwul sein, um seinen Job zu verlieren – es reicht manchmal schon aus, sich verständnisvoll über Homosexualität zu äußern. Paare, die eine künstliche Befruchtung versuchen, haben im Kirchendienst ebenfalls nichts zu suchen.

Immer wieder haben Gerichte den historischen Sonderstatus der Religionsgemeinschaften bestätigt. Aber gibt es für diese besonderen Rechte der Kirche keine

Grenzen? Laut katholischem Katechismus gehören nicht nur „Unzucht“ und andere „Werke des Fleisches“ zum Sündenregister – sondern auch „Neid und Missgunst, Trink- und Essgelage und Ähnliches mehr“. Wäre sie konsequent, müsste die Kirche auch solche Verstöße ahnden.

Die meisten sozialen Einrichtungen der Katholiken werden zu 90 bis 100 Prozent vom Staat finanziert. Trotzdem haben Politiker und Bürger bislang selten versucht, Einfluss zu nehmen.

In Königswinter bei Bonn, wo die Leiterin eines katholischen Kindergartens entlassen wurde, als ihre Ehe zerbrach, hat sich das gerade geändert. Die Eltern im Ort protestierten so lange, bis die Frau ihren Job wiederhatte. Stattdessen wurde die katholische Kirche als Träger des Kindergartens gefeuert.

Ähnliches könnte nun Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen drohen. „Wenn es die organisatorische Anweisung gegeben hat, vergewaltigte Frauen nicht zu behandeln, dann ist das“, so Gesundheitsministerin Barbara Steffens, „ein Verstoß gegen den Versorgungsauftrag der Krankenhäuser.“ Im Extremfall hält die Grünen-Politikerin die Streichung ganzer Kliniken aus dem Krankenhaus-Plan für denkbar. Damit würde sie die Kirchen dort treffen, wo es ihnen besonders wehtut. Beim Geld.

FRANK HORNIG, BARBARA SCHMID, FIDELIUS SCHMID, PETER WENSIERSKI

* Bei der Fronleichnamsprozession im vergangenen Juni vor dem Kölner Dom.